

p.B.15.21.Tch.(4) - EA/TR/ra

Bern, den 28. Januar 1980

VERTRAULICH

Besuch des tschechoslowakischen Vize-Aussenministers
Mecislav Jablonsky in Bern, 17.18. Januar 1980

Gesprächsthemata:

1. Weltpolitische Lage (Afghanistan, Entspannung, KSZE)
2. Bilaterale Fragen

1. Weltpolitische Lage

Einleitend legte Herr Staatssekretär Weitnauer (WR) seinem tschechoslowakischen Gast die schweizerische Haltung zu den neuesten weltpolitischen Ereignissen dar. Insbesondere gab er Jablonsky (J) zu erkennen, dass die Schweiz den militärischen Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Erklärung, die der Bundesrat dazu abgegeben hatte. Ebenfalls wurde J von seinem Gastgeber auf die Note aufmerksam gemacht, die der sowjetische Botschafter am 28.12.1979 den schweizerischen Behörden übergab und in der die sowjetische Aktion in Afghanistan begründet und verteidigt wurde und in der nicht von der afghanistischen Regierung, sondern von den "Leitern der Geschicke Afghanistans" gesprochen wurde. WR gab J zu erkennen, dass man sich in der Schweiz nun ernsthaft die Frage stellt, ob die Sowjetunion nicht ein "saturiertes", sondern ein expansionistisches Land sei. WR gab auch der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Mehrheit der afghanistischen Bevölkerung nicht hinter den "Leitern der Geschicke Afghanistans" stünden.

Schliesslich erklärte WR seinem Gast, dass die Schweiz auf jeden Fall weiterhin an der Entspannung interessiert sei.

- 2 -

J begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf den Entspannungsprozess in Europa. Er erwähnte, dass man während der letzten 4 1/2 Jahre in dieser Hinsicht eine positive Entwicklung habe feststellen können. Dies treffe auch in Anbetracht des Misserfolgs von Belgrad zu. Es solle nun also alles daran gesetzt werden, dass sich ein derartiges Fiasko nicht wiederhole und dass Madrid ein Markstein im Entspannungsprozess werde. Vor allem müsse man darauf achten, dass es in Madrid nicht zur Wiederholung der von Belgrad her bekannten Konfrontationen komme. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, dass die Teilnahme Goldbergs in Belgrad wesentlich zum Misserfolg beigetragen habe. Selbst wenn derartige Vertreter der USA nicht in Madrid auftreten würden, müsse das Jahr 1980 aber trotzdem als ein gefährliches Jahr angesehen werden, das unter Umständen auch Madrid schaden könnte. Dies wird erklärt mit den Wahlvorbereitungen in den Vereinigten Staaten, die schon seit jeher aus leicht durchschaubaren Gründen die weltpolitische Lage gefährdet hätten. J gibt schliesslich der Hoffnung Ausdruck, dass Madrid von wahltaktischen Manövern möglichst verschont bleiben sollte, da dies dem Entspannungsprozess, zu dem keine Alternative bestünde, nur schaden könnte.

Anschliessend an diese Bemerkungen gab J bekannt, dass im Hinblick auf verstärkte Aufrüstungsanstrengungen im Westen die wichtigen Entscheidungen bereits 1975 getroffen worden seien. Damals hätte man noch nichts über die östlichen Backfire-Bomber und die SS-20 gewusst. Es sei also logisch, dass der Westen derartige Argumente nur als Vorwand gebraucht hätte. J meinte weiter, dass für die Stationierung der Nuklearwaffen in Europa die USA verantwortlich seien und somit auch die Verantwortung trügen. Probleme in diesem Bereich müssten direkt in Verhandlungen zwischen der USA und der Sowjetunion besprochen werden. Die Tschechoslowakei würde es auf jeden Fall begrüßen, wenn der im Dezember letzten Jahres gefasste NATO-Entscheid nicht aufrechterhalten würde. Für die Stationierung derartiger zusätzlicher Waffen im Westen bestehe auch absolut kein Grund, da die WAPA-Staaten auf diesem Gebiet keine Vorherrschaft besässen.

./.

- 3 -

Die Reaktion aus den Reihen der WAPA-Länder auf den erwähnten NATO-Beschluss sei deshalb so stark ausgefallen, weil man dies als weitere Drehung der Rüstungsspirale interpretieren musste. Ebenso sei man seitens der WAPA sehr beunruhigt über die Bereitschaft der USA, die Militärausgaben zu vergrössern. Anlässlich seines Aufenthaltes in New York von Ende 1979 hätte der tschechoslowakische Aussenminister Bohuslav Chnoupek noch den Eindruck gewonnen, dass die USA SALT II ratifizieren würden. Dieser Eindruck sei nun aber offensichtlich zu optimistisch gewesen und Chnoupek hätte feststellen müssen, dass alles in dieser Hinsicht nur leere Worte gewesen seien!

Weiter fügte J bei, dass Afghanistan bei klarem Ueberlegen auf keinen Fall der Grund für die jetzigen weltpolitischen Schwierigkeiten darstellen könne. Vielmehr hätte man schon seit einiger Zeit mit Beunruhigung verfolgt, wie sich Carter in bezug auf Kuba und insbesondere China verhalten habe. Wenn nicht die Ereignisse in Afghanistan stattgefunden hätten, dann wären wohl von den USA andere Gründe gefunden worden, um die Sowjetunion und ihre Verbündeten vor den Kopf zu stossen. Es müsse in diesem Zusammenhang beachtet werden, dass die Sowjetunion schon seit einiger Zeit mit der afghanischen Regierung zusammenarbeite, um insbesondere die von aussen unterstützten Rebellen zu bekämpfen. J präzisiert, dass er damit nicht nur Pakistan, sondern noch andere Länder anvisiere.

Ganz besonders erstaunt zeigte sich J darüber, dass die westliche Reaktion auf die Vorfälle in Afghanistan derart heftig ausgefallen sei. Dies könne man sich nicht leicht erklären, wenn man bedenke, dass die sowjetischen Truppen von Afghanistan angefordert wurden, und wenn man zudem in Betracht ziehe, dass die westlichen Reaktionen betreffend den Angriff Chinas auf Vietnam im Jahre 1979 kaum hörbar gewesen seien. Es bestehe hier eindeutig die Tatsache, dass man Ereignisse je nach Standpunkt mit verschiedenen Ellen messe. Die Tschechoslowakei sei davon überzeugt, dass die Sowjetunion Afghanistan nicht einverleiben wolle, denn die Sowjetunion sei ein "saturiertes" Land ohne imperialistische Ziele, das zudem nur im Sinne der Erfüllung seiner Verpflichtungen, resultierend aus dem Freund-

./.

- 4 -

schafts- und Beistandsvertrag mit Afghanistan, gehandelt habe. Zudem habe sich die Sowjetunion nur gemäss Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen verhalten. J vertrat die Ansicht, dass die Tschechoslowakei so gut wie die Schweiz wisse, dass sich die sowjetischen Truppen dann aus Afghanistan zurückzögen, wenn dieses Land ausser Gefahr und Gewähr für die Implementation eines demokratischen Prozesses gegeben sei.

Abschliessend wies J darauf hin, dass die Sowjetunion mit ihren Verbündeten trotz der schwierigen weltpolitischen Situation sehr an der Weiterführung des Entspannungsprozesses in Europa interessiert sei, dies selbst in Anbetracht der Schwierigkeiten, die infolge wahltaktischer Manöver in den USA und auch der Bundesrepublik Deutschland zu erwarten seien. Die Tschechoslowakei hoffe, dass sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihrer Verantwortung bewusst seien und betreffend Sicherheit und Frieden das Erreichte im Détente-Prozess stabilisieren und weiterausbauen würden. Es sei zu wünschen, dass der in Europa seit nunmehr 35 Jahren herrschende Friede aufrechterhalten werden könne und dass der Realismus in bezug auf die internationalen Beziehungen Oberhand behalten werde. In diesem Sinne gab J der Hoffnung Ausdruck, dass Madrid trotz allem erfolgreich sein werde.

* * *

Anschliessend an diese Ausführungen kam WR auf weitere weltpolitische Zusammenhänge zu sprechen. Ebenso streifte er kurz die Geschichte Afghanistans und erwähnte insbesondere dessen frühere Stellung als Pufferstaat zwischen den britischen und den russischen Streitkräften.

Auf die jetzige besorgniserregende Lage zurückkommend, die sich infolge der Ereignisse in Afghanistan gebildet hat, erwähnte WR, dass man sich im Westen die bange Frage stelle, wer wohl als nächstes Land von der Sowjetunion einverleibt werde; insbesondere denke man dabei an Jugoslawien. J ward gebeten, sich zu diesem Problem zu äussern.

./.

- 5 -

Gemäss J ist es absolut unrichtig zu behaupten, dass die Sowjetunion in Afghanistan territoriale Ansprüche geltend machte. Gemäss Ersuchen der dortigen Regierung helfe sie nur mit, die auf das Jahr 1978 zurückgehende Revolution zu verteidigen. Die Regierung in Afghanistan, die sich übrigens seit 1978 nicht geändert habe (nur die Köpfe seien dort ausgetauscht worden), baue seit April 1978 ihre Ideologie auf der Basis derjenigen auf, die sich auch die Sowjetunion zu eigen gemacht hätte. 1978 habe noch kein Mensch von ideologischem Export der Sowjetunion nach Afghanistan gesprochen. Ueberdies müsse man sich im Westen darüber Rechenschaft ablegen, dass sich die Sowjetunion insbesondere für das afghanistische Volk einsetze, das unbedingt weiterer Hilfe auf den Gebieten der generellen Entwicklung des Landes, der wirtschaftlichen Erstarbung, der Erziehung, etc. bedürfe.

Die Hilfe der Sowjetunion an Afghanistan sei also wahrlich kein Grund für den Westen, sich die Frage zu stellen, ob die Sowjetunion ein expansionistisches Land sei. Wörtlich erwähnte J, "dass Afghanistan nicht die Absicht habe, seine Nachbarn anzugreifen und dass vom Territorium Afghanistans aus keine Gefahr für die Nachbarländer zu erwarten sei". Aus der geschilderten Lage heraus sei also die Frage nach territorialen Ansprüchen der Sowjetunion total unbegründet. Solche Ansprüche bestünden seitens der WAPA-Staaten nicht. Auch für Jugoslawien bestehe absolut keine Gefahr; dies sei übrigens seit Jahren von der Sowjetunion beteuert worden. Westliche Vermutungen und Anschuldigungen in dieser Hinsicht seien nicht nur irrelevant, sondern auch verleumderisch. Wie die Sowjetunion, so sei auch selbstverständlich die Tschechoslowakei zufrieden mit dem, was man bereits habe. J betont nochmals kategorisch, dass die Sowjetunion keine territorialen Ansprüche habe und dass entsprechende Anschuldigungen des Westens in hohem Grade ungerechtfertigt und verleumderisch seien.

J kommt noch auf die auf einem Tiefpunkt stehenden tschechoslowakisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen. Er erwähnt, dass mehrere in Vorbereitung sich befindende Abkommen zwischen den beiden Ländern von den USA zur Zeit schubladisiert worden seien. Im einzelnen seien dazu aufzuführen:

./.

- 6 -

- ein Konsularabkommen
- ein Abkommen über Besitzansprüche
- ein Meistbegünstigungsabkommen
- ein Kulturabkommen
- die Zurückrufung des amerikanischen Botschafters in Prag im Oktober 1979
- Publizierung von unwahren Angaben betreffend das amerikanisch-tschechoslowakische Verhältnis in amerikanischen Zeitungen.

In der Tat scheint sich die Tschechoslowakei über die Entwicklung seiner Beziehungen zu den USA Gedanken zu machen.

Einige tschechoslowakische Botschafter im Ausland hätten zudem dem Aussenministerium in Prag während der vergangenen Tage mitgeteilt, dass die Ereignisse in Afghanistan die bilateralen Beziehungen der entsprechenden Gastländer zur Tschechoslowakei negativ beeinflussen könnten. J wollte in recht naiver Weise wissen, was wohl der Grund dazu sein könnte, da man selbst nicht im entferntesten eine Antwort finden könne (!).

WR antwortete, dass die Schweiz in dieser Hinsicht über keine Informationen verfüge und dass es sich wohl um reine Spekulationen handeln müsse.

Besondere Erwähnung verdient noch die Tatsache, dass J trotz Aufforderung WR's sich nicht zur Lage im Iran äussern wollte, d.h. er überhörte die Aufforderung seines Gastgebers.

WR erklärte, betreffend Madrid seien intensive Kontakte mit den Neutralen im Gange. Angesichts der Krise zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten könne man noch nicht sagen, was für ein Klima Madrid beherrschen werde. Die Sowjetunion könnte beispielsweise beantragen, das Madridertreffen zu verschieben; wir wissen es nicht. Die Schweiz werde ihre übliche Rolle spielen und versuchen, vermittelnd zu wirken, sowie auch eigene Anliegen weiterzuverfolgen (SRPD, Informationsvorschlag). Betreffend die Ebene der Vertretung in Madrid sei die Schweiz offenen Sinnes; sofern sich gewisse Erfolgchancen abzeichnen, sei es sicher nützlich, wenn die Aussenminister anwesend wären.

./.

- 7 -

J erwiderte, die Tschechoslowakei fahre mit den Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf Madrid fort, genau so wie die Sowjetunion. Er hoffe, die Atmosphäre werde gut sein, sobald die "gegenwärtigen Komplikationen" entfernt seien. Betreffend Vertretungsebene ging J mit WR einig.

WR: Madrid müsse Ergebnisse in allen drei Körben bringen. Auch Fortschritte im Korb II und bei den menschlichen Beziehungen seien wichtig für die Entspannung. Jedenfalls dürfe Madrid nicht zu einer Abrüstungskonferenz werden.

J pflichtete bei, dass Madrid alle drei Körbe abdecken müsse. Betreffend Korb I hoffe er auf die Unterstützung der N+N hinsichtlich der Vorbereitung der vom Warschupakt vorgeschlagenen Konferenz über die militärische Entspannung und Abrüstung. Dazu sollte vor Madrid ein Vorbereitungstreffen stattfinden. Die eigentliche Konferenz sollte in zwei Phasen, zuerst vertrauensbildende Massnahmen und dann Verminderung der Konfrontation und eigentliche Abrüstung, durchgeführt werden. Im zweiten Korb stünden Probleme der Energie und des Transportes im Vordergrund. Zum Korb III meinte J, die Tschechoslowakei sei nicht gegen eine Diskussion über die Menschenrechte. Diese sollte indessen nicht nach den Spielregeln Goldbergs durchgeführt werden. Prag sei recht grosszügig auf diesem Gebiet; einige Einzelfälle brächten Schwierigkeiten, aber im grossen und ganzen gäbe es keine Probleme. Zur Prozedur meinte J, die Vorschläge sollten in Madrid limitiert werden.

WR erinnerte an die schweizerische Initiative einer Aussortierungskonferenz. Da wir bemerkt hätten, dass diese Idee nicht grosse Aussichten auf Erfolg hatte, konnte sie nicht verwirklicht werden. Hauptsache ist, dass Madrid überhaupt stattfindet. Angesichts der maximal ungünstigsten Ausgangslage für das Nachfolgetreffen erscheinen heute konkrete Resultate weniger wichtig.

J: Die Schlussakte sei ein langfristiges Programm, eine Charta der Ost-Westbeziehungen. Das Ziel dürfe nicht darin bestehen, ver-

./.

suchen zu wollen, durch die Menschenrechtsdiskussion das Gesellschaftssystem von anderen Staaten ändern zu wollen. Die Schlussakte sei keine gesetzliche Grundlage zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates.

2. Bilaterale Fragen

Folgende Gebiete gelangten zur Diskussion:

- | | | |
|--------------------------------|---|-------------------------------------|
| a) Humanitäre Probleme |) | |
| b) Visaprobleme |) | |
| c) Kulturelle Angelegenheiten |) | Die interessierten Dienste werden |
| d) Wirtschaftliche Beziehungen |) | dazu eine ausführlichere Aktennotiz |
| e) Rechtshilfeabkommen |) | erhalten. |
| f) Doppelbesteuerungsabkommen |) | |
| g) Einladungen nach Prag |) | |

J erwähnte, dass man es sehr schätzen würde, wenn Herr Bundesrat Aubert in nicht allzu ferner Zukunft der Tschechoslowakei einen Besuch abstatten könnte.

Auch für Herrn Staatssekretär Weitnauer sprach J eine Einladung nach Prag aus.

Schliesslich gab J der Hoffnung Ausdruck, dass sich Herr Hegner rechtzeitig vor Beginn der Konferenz in Madrid zu Besprechungen nach Prag begeben werde. Auch an ihn ergeht also eine entsprechende Einladung.

Gesprächsteilnehmer:

a. Schweizerischerseits:

Herr Staatssekretär A. Weitnauer
Herr Botschafter R. Bindschedler (nur vormittags)

- 9 -

Herr Botschafter B. Torrione
Herr F. Dubois (nur nachmittags)
Herr Oberst W. Mark (nur vormittags)
Herr J. Lugon
Herr P. Troendle
Herr H.-P. Erismann

b. Tschechoslowakischerseits:

Vize-Aussenminister M. Jablonsky
Botschafter Straka
Botschafter M. Moc
Botschaftsrat E. Klar

POLITISCHE ABTEILUNG I



A. HEGNER



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

1. Feb. 80 16

p.B.15.21.Tch.(4) - EA/TR/ra

Bern, den 28. Januar 1980

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

VERTRAULICH

- An alle Schweizerischen Botschaften
- An den Ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Strassburg
- An die Schweizerische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften, Brüssel
- An das Büro des Schweizerischen Beobachters bei der Organisation der Vereinten Nationen, New York
- An die Ständige Mission der Schweiz bei den internationalen Organisationen, Genf
- An die Schweizerische Delegation bei der Europäischen Freihandels-Assoziation und der GATT, Genf

Kopie an :

Herrn Bundesrat P. AUBERT

Herrn Staatssekretär A. WEITNAUER

Herrn Generalsekretär J. MARTIN

Herrn Botschafter R. BINDSCHEDLER

Herrn Botschafter E. DIEZ

Herrn Botschafter M. HEIMO

Herrn Botschafter A. HEGNER

Herrn Botschafter E. BRUNNER

Frau Botschafterin F. POMETTA

Herrn Botschafter J. CUENDET

Herrn Botschafter H. KAUFMANN

Herrn Botschafter C. SOMMARUGA, EVD

Herrn Minister J. MONNIER

Herrn Minister J. ZWAHLEN

Herrn Minister M. JACCARD

Herrn Minister F. BLANKART

Herrn Dr. L. MEIER

Herrn J.-M. BOILLAT

Herrn Y. MORET

Herrn H. RENK

Herrn R. HEINIS

Herrn H. VON ARX

Herrn A. SALUZ

Herrn M. KRAFFT

Herrn B. DE RIEDMATTEN

Frl. C. KRIEG

Frl. M. VON GRUENIGEN

Herrn J. LUGON

Herrn F. DUBOIS

Herrn R. LAUB, EVD

Herrn R. KUMMER, EVD

TR/VP/CX/NF/CC/FO

Herrn Oberst W. MARK, GGST, Op, EMD.